

Niederschrift, ö

Gremium	Sozial- und Gesundheitsausschuss
Nummer	SozGA/002/2016
Datum	Donnerstag, 23.06.2016
Ort	Sitzungssaal im 5. OG des Verwaltungsgebäudes
Beginn	09:33 Uhr
Ende	11:01 Uhr

Anwesenheit

Vorsitzender

Mederer, Josef

Ausschussmitglieder

Baudissin-Schmidt, Barbara Gräfin
von

Becher, Johannes

Broschei, Hiltrud

Eichiner, Reinhard

ab TOP 6 anwesend

Hausberger, Claudia

Heigl, Marianne

Hügenell, Helga

Klein, Patricia

ab TOP 6 anwesend

Loy, Josef

Meyer, Beate

Schindlmayr, Simon

Tuttas, Petra

Weber, Florian

Wenta, Martina

Sachverständige

Beyrle, Hans Dr.

Fuhlbrügge, Sibylle

Fürst, Erika

Hanslmeier-Prockl, Gertrud Dr.

Mauerer-Molléus, Michael

Möhrmann, Karl Heinz

Reiner, Bettina

Schmied, Robert Dr.

Starzengruber, Rudolf

Stein, Petra

Stubican, Davor

Urek, Michael

Wettengl, Johanna

Verwaltung

Bertenbreiter, Benedikt

Braun, Matthias

Brinckmann, Ernst

Britze, Betina
Bruckmann, Wolfgang Dr.
Ewerhardy, Angelika
Getzlaff, Stefan
Kohl, Markus
Lengmüller, Regina
Mäntele, Roman
Mauermayer, Constanze
Reil, Josef
Roth, Helmut
Schempp, Jürgen
Schmitz, Erich
Schwabe, Kerstin
Schweikl, Edmund
Tobolar-Karg, Marga
Vogt, Maren
Zieglmaier, Margarete

Gäste

Halbauer, Jan

Protokollführerin

Maja, Renate

Entschuldigt

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
TOP 2	Bestellung einer neuen Stellvertretung für den Sachverständigen Herrn Rainer Strauch
TOP 3	Förderung einer Notrufanlage für Notschlafstelle L 43, München
TOP 4	Modellprojekt Nueva-Evaluationsprojekt
TOP 5	Übernahme der Informations- und Servicestellen für Menschen mit Hörbehinderung in die Regelförderung
TOP 6	Sachstandsbericht zur Einführung des Krisendienstes Psychiatrie
TOP 7	Zwischenbericht zum Modellprojekt „Begleiteter Übergang Werkstatt – allgemeiner Arbeitsmarkt“ (BÜWA)
TOP 8	Bekanntgabe der Dringlichen Anordnung Nr. 1/16: Umsetzung des Pflegestärkungsgesetz II Beschluss der Landespflegesatzkommission (LPSK)
TOP 9	Bekanntgaben und Sonstiges

Bezirkstagspräsident Josef Mederer eröffnet um 09:33 Uhr die öffentliche Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Sozial- und Gesundheitsausschusses fest.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Beschluss:	angenommen	Ja 13 Nein 0
-------------------	-------------------	------------------------

TOP 2 Bestellung einer neuen Stellvertretung für den Sachverständigen Herrn Rainer Strauch

Der Sozialverband VdK teilt mit, dass der bisherige Stellvertreter, Herr Hans Preuschl aus dem aktiven Dienst ausgeschieden ist und benennt als neue Stellvertreterin Frau Bettina Reiter.

Beschluss:	Als neue Stellvertreterin für den Sachverständigen Herrn Rainer Strauch als Vertreter des Sozialverbandes VdK wird Frau Bettina Reiter, Sozialverband VdK Bayern benannt.	
	angenommen	Ja 13 Nein 0

TOP 3 Förderung einer Notrufanlage für Notschlafstelle L 43, München

Förderung eines Personensicherungssystems in der Notschlafstelle L 43 in München von Prop e. V.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt einer einmaligen Förderung zur Einrichtung eines Personensicherungssystems in Höhe von EURO 4.000 bei Prop e. V. zu.	
	angenommen	Ja 13 Nein 0

TOP 4 Modellprojekt Nueva-Evaluationsprojekt

Förderung der nichtgedeckten Restkosten des Modellprojektes Nueva des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes „Die Parität“.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt die Förderung der Restkosten des Modellprojekts Nueva in einer Höhe von 7.563,54 EURO.	
	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss bittet nach Projektende den Verlauf und das Ergebnis des Projekts vorzustellen.	
	angenommen	Ja 13 Nein 0

TOP 5 Übernahme der Informations- und Servicestellen für Menschen mit Hörbehinderung in die Regelförderung

In der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 15.11.2012 wurde das Konzept zur Umsetzung der „Informations- und Servicestellen (ISS) für Menschen mit Hörbehinderung“ in Oberbayern vorgestellt und beschlossen. Einem dreijährigen Modellprojekt mit der Laufzeit vom 01.01.2013 bis 31.12.2015 mit entsprechender Personal- und Sachausstattung in den Regionen 10, 14, 17 und 18 und der Aufteilung nach den Leistungserbringern wurde zugestimmt. Dazu wurden die bis dato geförderten Stellen auf 6,0 Stellen erhöht.

Am 17.06.2015 wurde durch den Sozial- und Gesundheitsausschuss eine Verlängerung der Modelllaufzeit bis zum 31.12.2016 beschlossen. Gleichzeitig wurde die Bezirksverwaltung beauftragt die Auswertung des Modellprojekts im Sozial- und Gesundheitsausschuss im 2. Quartal 2016 vorzulegen.

Die Bezirksverwaltung empfiehlt auf der Grundlage der Auswertung, die ISS-Dienste in die Regelförderung gem. der Richtlinie zur Förderung von überregionalen ambulanten Diensten zur Sicherung der Teilhabe von Menschen mit geistigen und/oder körperlichen Behinderungen sowie sinnesbehinderten und chronisch kranken Menschen (Förderrichtlinie Überregionale Offene Behindertenarbeit) ab dem 01.01.2017 zu übernehmen.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt, die Förderung der „Informations- und Servicestellen (ISS) für Menschen mit Hörbehinderung“ (derzeit 6,0 Planstellen) ab dem 01.01.2017 im Rahmen der Richtlinie der überregionalen Offenen Behindertenarbeit unter der Maßgabe, dass sich das Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration entsprechend der Richtlinie anteilig daran beteiligt, in die Regelförderung zu überführen.
	angenommen Ja 13 Nein 0

TOP 6 Sachstandsbericht zur Einführung des Krisendienstes Psychiatrie

In seiner Sitzung am 17.06.2015 beschloss der Sozial- und Gesundheitsausschuss:

„Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt dem Vorschlag den Psychiatrischen Krisendienst Oberbayern schrittweise flächendeckend auszubauen zu.

Er nimmt die bisherigen Ergebnisse und Arbeitsgrundlagen zustimmend zur Kenntnis und beauftragt dementsprechend die Sozialverwaltung mit der Umsetzungslenkungsgruppe (zukünftig: Steuerungsgruppe Oberbayern) alle erforderlichen weiteren Schritte einzuleiten.

Die personelle Ausstattung der Krisendienste in den einzelnen Regionen ist entsprechend dem örtlichen Bedarf im Einzelfall zu prüfen und je nach Notwendigkeit schrittweise bedarfsgerecht zu besetzen.

Die Umsetzungslenkungsgruppe Psychiatrischer Krisendienst Oberbayern berichtet regelmäßig über den Sachstand der Realisierung im Sozial- und Gesundheitsausschuss.

Die Sozialverwaltung legt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss im letzten Quartal 2019 den Abschlussbericht zum Projekt der flächendeckenden Einführung des psychiatrischen Krisendienstes mit einem entsprechenden Beschlussvorschlag über die Weiterführung des psychiatrischen Krisendienstes vor.“

Ein Jahr nach der Beschlussfassung wird der Sozial- und Gesundheitsausschuss über den aktuellen Stand der Umsetzung informiert.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den aktuellen Sachstandsbericht
-------------------	--

	zur Kenntnis.
	zur Kenntnis genommen

TOP 7 Zwischenbericht zum Modellprojekt „Begleiteter Übergang Werkstatt – allgemeiner Arbeitsmarkt“ (BÜWA)

In Bayern gibt es derzeit rund 34.000 Werkstattbeschäftigte, davon rund 8.500 in Oberbayern. Eine Studie der Universität Kassel aus dem Jahr 2011 zeigt, dass aktuell nur bei 0,14 % der Werkstattbeschäftigten der Übergang in den 1. Arbeitsmarkt gelingt.

Vor dem Hintergrund der guten Arbeitsmarktbedingungen in Bayern und dem gemeinsamen Auftrag, die Inklusion von Menschen mit Behinderung in Bayern voranzubringen, wollen die Kooperationspartner im Rahmen eines gemeinsamen Modellprojektes „Begleiteter Übergang Werkstatt – allgemeiner Arbeitsmarkt (BÜWA)“ den Übergang aus der Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) auf den ersten Arbeitsmarkt stärker unterstützen. Im Rahmen des Modellvorhabens wird im Zeitraum 01.12.2014 bis 30.11.2017 bayernweit 345 Werkstattbeschäftigten (Richtgröße pro Eintrittsjahr: 115 Teilnehmer) die Teilnahme an dem Projekt ermöglicht. Davon entfallen auf Oberbayern 90 Plätze.

Zwischenzeitlich beteiligen sich 14 oberbayerische Werkstätten mit derzeit 20 Teilnehmer/innen am Bay. Modellprojekt BÜWA (Stand 30.04.2016). Davon haben zwei Teilnehmer die Maßnahme abgebrochen und zwei wurden bereits in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis vermittelt.

Im Laufe der Diskussion kam es zu einem teilweise kontroversen Meinungsaustausch zwischen einzelnen Sachverständigen und der Bezirksverwaltung bezüglich der Anzahl und Qualität von Außenarbeitsplätzen in WfbM.

Dabei berichten mehrere Mitglieder des Ausschusses auch von Hemmnissen für Arbeitgeber, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen wollen. Um diese Problematik konkreter fassen und bearbeiten zu können, wird die Sozialverwaltung beauftragt eine Abfrage bei den Leistungserbringerverbänden hierzu durchzuführen. In der nächsten Sitzung des Ausschusses soll über das Ergebnis der Abfrage informiert und das weitere Vorgehen beraten werden.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss des Bezirks Oberbayern nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis.
	zur Kenntnis genommen

TOP 8 Bekanntgabe der Dringlichen Anordnung Nr. 1/16: Umsetzung des Pflegestärkungsgesetz II Beschluss der Landespflegesatzkommission (LPSK)

Gemäß § 17 Abs. 2 GeschO i.V.m. § 33 Abs. 3 Bezirksordnung (BezO) wurde vom Bezirkstagspräsidenten im Wege einer Dringlichen Anordnung folgende Entscheidung getroffen:

Dem Beschlussvorschlag der Landespflegesatzkommission zu Top 6 Umsetzung des PSG II in der vollstationären Pflege in Bayern vom 14.03.2016 wird zugestimmt.

1. Die Angelegenheit ist dringlich, da alle bestehenden Pflegesatzvereinbarungen mit Heimen bis 30.09.2016 neu abgeschlossen werden müssen und die Modalitäten dafür vorher von der Landespflegesatzkommission beschlossen sein müssen, da sonst alle Fragen individuell mit jeder Einrichtung auf dem Verhandlungsweg geklärt werden müssten.

Für die Erteilung der Zustimmung zu dem Beschlussvorschlag hat die Landespflegesatzkommission eine Frist bis zum 1. April 2016 beschlossen.

2. Da der zuständige Sozial- und Gesundheitsausschuss erst wieder am 23.06.2016 zusammentritt, ist eine Entscheidung im obigen Sinne wegen Ablauf der durch die Landespflegesatzkommission gesetzten Frist bis 01.04.2016 nicht mehr zu treffen.

Die Entscheidung ist daher im Wege einer Dringlichen Anordnung zu treffen.

3. Die Dringliche Anordnung ist dem Sozial- und Gesundheitsausschuss in seiner nächsten Sitzung zur Kenntnis zu geben.

Beschluss:	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die dringliche Anordnung Nr. 1/16 - „Umsetzung des Pflegestärkungsgesetzes II - Beschluss der Landespflegesatzkommission (LPSK)“ zur Kenntnis. zur Kenntnis genommen
-------------------	---

TOP 9 Bekanntgaben und Sonstiges

Herr Bezirkstagspräsident Mederer informiert zum Thema „Beschwerde des Anbieters oikos“. Die Verwaltung wird die Beschwerde prüfen und beantworten.

Herr Bezirkstagspräsident informiert über mehrere Artikel zur Problematik der auslaufenden Förderung von Planstellen in der Beratungsstelle der Bayerischen Krebsgesellschaft in Ingolstadt. Die Sozialverwaltung werde einen entsprechenden Antrag der Krebsgesellschaft prüfen und in der nächsten Ausschusssitzung einen Beschlussvorschlag vorlegen.

Beschluss:	Es wurde kein Beschluss gefasst.
-------------------	---

Um 11:01 Uhr schließt Bezirkstagspräsident Josef Mederer die öffentliche Sitzung.

Josef Mederer
Bezirkstagspräsident

Renate Maja
Protokollführerin